

LINKS BL · BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
217 · Ausgabe BL · BS · März 2025



Keine risikoreichen Atomexperimente!

Trotz klarer Ablehnung neuer Atomreaktoren durch die Stimmbevölkerung im Mai 2017 soll im Aargau, am Paul Scherrer Institut PSI, ein neues Reaktormodell (Onion Core Reactor) getestet werden – mit unklaren Sicherheitsvorkehrungen und ungewissen Risiken (auch finanzieller Art). Wir fordern unsere kantonalen Regierungen auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen.



Lisa Mathys,
Grossrätin SP Basel-Stadt



Thomas Noack,
Landrat SP Baselland

Die Schweiz hat bereits einen Unfall erlebt: 1969 kam es im Versuchsreaktor von Lucens zu einer Kernschmelze. Der Vorfall zeigte die Gefahren unzureichender Sicherheitsvorkehrungen auf und hatte enorme Kosten für die Allgemeinheit zur Folge. Neben den hohen Risiken, die mit jeder Nukleartechnologie einhergehen, scheint auch ein rentabler Betrieb des am PSI geplanten «Reaktors der Zukunft» aufgrund der immensen Investitionskosten selbst nach erfolgreichen Tests völlig unrealistisch zu sein. In Ländern wie Dänemark erhält diese Art Reaktor wegen des Gefährdungspotenzials keine Zulassung.

Der Einsatz von flüssigem Brennstoff unterscheidet den Testreaktor von früheren

Technologien mit Brennstäben. So ist zwar keine Kernschmelze mehr möglich, aber risikofrei ist dieser Test dennoch nicht! Die hohe Korrosivität des Salzgemischs stellt eine technische Herausforderung dar. Ein Leck im Reaktorsystem könnte beispielsweise zu einer unkontrollierten Freisetzung radioaktiver Substanzen führen. Zudem fehlen viele sicherheitstechnische Prüfungen, die für grössere Atomkraftwerke vorgeschrieben sind.

ENSI tappt im Dunkeln

Besonders bedenklich ist die regulatorische Situation: Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) selbst gibt zu, dass es kaum Erfahrung mit dieser Art von Reaktoren hat. Schon ein Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde aus dem Jahr 2021 kritisierte die mangelnde Kontrolle von Kleinreaktoren durch das ENSI. Dennoch wird das Projekt vorangetrieben – ohne dass klar ist, ob das Aufsichtsgremium überhaupt über die nötige Expertise verfügt.

Hinzu kommt, dass Copenhagen Atomic

offen zugibt, auf «aufwändige Sicherheits-

dokumentationen» zu verzichten. Damit werden die Kosten für Prüfungen und Risikoanalysen auf die öffentliche Hand in der Schweiz abgewälzt. Gleichzeitig gibt es kaum Transparenz über die Lagerung und Entsorgung der radioaktiven Abfälle, die anfallen.

Zentrales Interesse unserer Region

Für die Region Basel, wenige Kilometer vom PSI entfernt, sind diese Entwicklungen besonders alarmierend. Laut den Kantonsverfassungen sind die beiden Regierungen verpflichtet, sich gegen neue Atomkraftwerke in der Nähe zur Wehr zu setzen. Doch wie entschlossen werden Basel-Stadt und Baselland handeln? Wir fordern die Regierungen auf, sich klar zu positionieren! Auf nationaler Ebene stellt unsere Nationalrätin Sarah Wyss die relevanten finanzpolitischen Fragen, birgt doch dieser Atomreaktor-Testbetrieb ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko für unser ganzes Land.

Fazit: Keine Experimente mit der Sicherheit

Die Energiewende braucht nachhaltige und sichere Lösungen und entschlossene Investitionen in erneuerbare Energien – nicht fragwürdige Experimente ohne die nötigen Sicherheitsmassnahmen. Unsere Regierungen haben den klaren Auftrag, sich gegen solche Hochrisiko-Experimente zu wehren.

SP-Regierungsrat Kaspar Sutter zur Notwendigkeit des Standortpakets



Unseren Wirtschaftsstandort erhalten
Basel-Stadt ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Grossen internationalen Firmen verdanken wir über ein Viertel aller Arbeitsplätze, 57 Prozent der kantonalen Wirtschaftsleistung und 80 Prozent der Firmensteuereinnahmen. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und sichern Ressourcen für unsere fortschrittliche Politik.

Unser Standort ist unter Druck

Die OECD-Mindestbesteuerung verteuert den Wirtschaftsstandort deutlich. Einige Staaten, insbesondere die USA, setzen die Reform jedoch nicht um. Mit angekündigten Steuersenkungen und Zöllen verschärfen die USA den Standortwettbewerb massiv. Damit Basel-Stadt ein starker Wirtschaftsstandort bleibt, müssen wir Massnahmen ergreifen.

Forschung und Entwicklung fördern

Mit dem vom Regierungsrat erarbeiteten und vom Grossen Rat mit grosser Mehrheit verabschiedeten Basler Standortpaket können wir Forschung und Entwicklung direkt fördern. Davon profitieren alle Basler Firmen, die bei uns forschen und Neues entwickeln. Dazu gehören auch Start-ups und KMU mit geringem oder keinem Gewinn.

Elternzeit und Klimaschutz aktiv unterstützen

Mit dem Standortpaket kann der Kanton Basel-Stadt künftig mindestens drei zusätzliche Wochen Elternzeit für beide Elternteile finanzieren. Zudem unterstützen wir die CO₂-Reduktion in Basler Firmen direkt finanziell. Damit machen wir einen weiteren wichtigen Schritt auf unserem Weg zu Netto-Null 2037.

Kaspar Sutter, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

STANDORTPAKET

Ein Fünftel für Elternzeit, Klimaschutz und globale Solidarität

Nach der Annahme der OECD-Mindeststeuer durch die Schweizer Stimbevölkerung hatte der Regierungsrat industriepolitische Massnahmen zur Stärkung des Basler Wirtschaftsstandortes vorgelegt. Im Grossen Rat hat sich die SP-Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass dabei auch ein eigener Fonds «Gesellschaft und Umwelt» geschaffen wird.

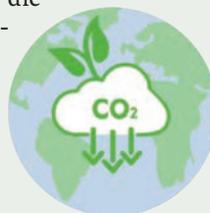


Pascal Pfister, Grossrat und Mitglied der Wirtschafts- und Abgabenkommission (WAK)

Die kantonale Gewinnsteuer für Unternehmen mit einem Gewinn über 50 Mio. CHF wird auf rund 14,5 Prozent erhöht. Damit und aufgrund des kantonalen Anteils an der Bundesergänzungssteuer werden voraussichtlich zusätzliche Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe in den kantonalen Haushalt fliessen. Einen grossen Teil dieses Geldes wird der Regierungsrat für industriepolitische Massnahmen verwenden: Er öffnet dafür jährlich zwischen 150 und 500 Mio. CHF. 80 Prozent fliessen in den Fonds «Innovation» und 20 Prozent in den Fonds «Gesellschaft und Umwelt» (G+U). Die SP-Fraktion hat sich für einen tieferen Maximalbeitrag eingesetzt, wurde dabei aber im Plenum des Grossen Rates überstimmt.

Klimaschutz und globale Solidarität

Am Ende hat die Fraktion der Vorlage aber zugestimmt, weil im Bereich «Gesellschaft und Umwelt» im Vergleich zur ursprünglichen Regierungsratsvorlage noch Verbesserungen gelangen. Mit dem neuen Fonds werden mit bis zu 100 Mio. CHF jährlich z. B. Massnahmen der Unternehmen zur Dekarbonisierung unterstützt. Bei global tätigen Unternehmen können diese Massnahmen auch weltweit getätigt werden, womit die Vorlage auch ein Element der globalen Solidarität umfasst. Ebenso durch die Unterstützung von Forschungsk Kooperationen mit fixen 15 Mio. CHF jährlich. Dabei geht es unter anderem um vernachlässigte Forschung wie z. B. zu Malaria.



Unterstützung der Elternzeit

Über den Vorschlag des Regierungsrats hinaus geht auch, dass Unternehmen sowie steuerbefreite gemeinnützige Organisationen zukünftig Anspruch auf die Finanzierung von mindestens drei Wochen Elternzeit haben. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde in Zeiten des Fachkräftemangels von den Unternehmen selbst als wichtiger Standortfaktor genannt. Die Elternzeit ist aber auch ein langjähriges Anliegen der SP, welches nun mit der finanziellen Unterstützung über den neuen Fonds einen grossen Schritt weitergekommen ist.



Industriepolitische Stärkung der Innovationskraft

Unterschiedliche Meinungen gab es in der Fraktion zum Ausmass der Fördergelder für den Bereich Innovation. Industriepolitisch ist es gerade angesichts der aktuellen Weltlage wichtig, die Innovationskraft der Basler, Schweizer und europäischen Wirtschaft zu pflegen. Aus dem Fonds «Innovation» werden nun Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von regional ansässigen Unternehmen unterstützt. Damit soll diese industrielle Basis in unserer Region erhalten bleiben.



Anmerkung der Redaktion: Nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass Unterschriften für ein Referendum gegen das Standortpaket gesammelt werden. Die Delegiertenversammlung fasst die Parteiparole am 20. März.



Canvas

Sicher Velo fahren – jetzt statt irgendwann!

Der Gegenvorschlag zur Initiative «Sichere Velorouten» setzt deren Kernanliegen um, stärkt das Velonetz als Ganzes und ermöglicht eine schnelle Umsetzung.



Jean-Luc Perret, Grossrat

Viele Menschen in Basel wünschen sich eine sichere und gut ausgebaute Veloinfrastruktur. Doch noch immer fühlen sich viele auf dem Velo unsicher – sei es wegen unklarer Verkehrsführungen, fehlender Verbindungen oder gefährlicher Kreuzungen. Die Statistik zeigt: Wer sich aktiv im Verkehr bewegt, hat ein deutlich höheres Unfallrisiko als Personen im Auto oder im Tram. Damit sich mehr Menschen für das Velo entscheiden, braucht es eine sichere und durchgängige Infrastruktur.

Die Initiative «Sichere Velorouten» hat viele wunde Punkte benannt. Sie verweist auf konkrete Stellen, an denen die Veloinfrastruktur sogar verschlechtert wurde, formuliert 24 Forderungen für Verbesserungen und verlangt detaillierte Standards. Dieses Engagement für eine velofreundliche Stadt ist wichtig und notwendig. Die Umsetzung der Initiative würde jedoch über einen langen Gesetzgebungsprozess führen, der greifbare Massnahmen eher verzögern als beschleunigen würde.

Schnell umsetzen statt warten

Hier setzt der Gegenvorschlag an. Er nimmt die Kernanliegen der Initiative auf, überführt

sie in klare gesetzliche Vorgaben und ermöglicht eine schnelle Umsetzung. Anstatt sich auf einzelne Detailforderungen zu konzentrieren, verankert er ein ganzheitliches Velonetz im Umweltschutzgesetz: Neben 40 Kilometern Velovorzugsrouten werden auch Haupt- und Nebenverbindungen sowie Erschliessungsrouten rechtlich gesichert. Dies verbessert das Velonetz nicht nur punktuell, sondern stärkt es als Ganzes.

Die von der Initiative geforderten Qualitätsstandards werden im Gesetz behördenverbindlich festgelegt. Das bedeutet, dass künftige Velowege ausreichend breit, sicher und klar geführt sein müssen. Auch Kreuzungen sollen so gestaltet werden, dass sie für alle Verkehrsteilnehmenden gut überquerbar sind – seien es Kinder, Pendler:innen oder ältere Menschen.

Ein weiterer Vorteil des Gegenvorschlags sind die geplanten Sofortmassnahmen. Mit besseren Signalisationen, gezielten Markierungen oder kleineren baulichen Anpassungen kann die Sicherheit schnell verbessert werden – noch bevor grosse Bauprojekte realisiert sind. Diese Massnahmen sind effizient, kostengünstig und haben sich in anderen Städten bewährt.

Ein Velonetz, das alle verbindet

Die SP-Fraktion im Grossen Rat befürwortete sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag. In der Stichfrage entschied sie sich für den Gegenvorschlag, da dieser eine rasche Umsetzung ermöglicht, eine hohe Qualität

der Infrastruktur sichert und ein Velonetz schafft, das alle verbindet. Die Delegiertenversammlung entscheidet am 20. März über die Parteiparole.

KERNPUNKTE DES GEGENVORSCHLAGS

- Die detaillierten Forderungen der Initiative wurden zusammengefasst und in wenigen Punkten ins Umweltschutzgesetz eingebaut. Dies ermöglicht einen sofortigen Start der Umsetzung.
- Ganzheitlicher Ansatz: Verankerung nicht nur der Vorzugsrouten, sondern des gesamten Netzes inkl. Haupt-, Nebenverbindungen und Erschliessungsrouten.
- Umsetzung von 40 Kilometern Vorzugsrouten innert 10 Jahren und parallel dazu Schliessung von Lücken im Haupt- und Nebenroutennetz bis 2042 – der Frist gemäss Bundesgesetz.
- Sicherung der Qualität: Behördenverbindliche Standards, die garantieren, dass Velowege ausreichend breit und Kreuzungen sicher sind.
- Sofortmassnahmen: Betriebliche und bauliche Verbesserungen verbindlich im Gesetz verankert, wie zum Beispiel bessere Signalisationen oder kleinere Anpassungen an gefährlichen Stellen.
- Insgesamt rund 24 Millionen Franken für die Umsetzung der Massnahmen des Gegenvorschlags.

Die sich selbst eine Grube gruben



Regina Rahmenen, Co-Fraktionspräsidentin SP, im Einwohnerrat Riehen



Joris Fricker, Co-Fraktionspräsident SP, im Einwohnerrat Riehen

Riehens bürgerliche Übermacht in Gemeinde- und Einwohnerrat jammert und spart. Ein Rückblick: 2016 senkte Riehens Einwohnerrat gegen den Willen des Gemeinderates und der SP-Fraktion die Steuern und toppte diesen Fehlentscheid 2019, indem er zusätzlich die Vermögenssteuer senkte. Schon damals war klar, dass die Pflegekosten-Restfinanzierung aufgrund der lokalen Altersstruktur teuer wird, und die Kinder, die heute eingeschult werden, waren längst geboren. Es brauchte keine Spitzen-Mathematikerin, um herauszufinden, dass die Rechnung nicht aufgehen würde. Die bereits budgetierten Defizite blieben dank jährlichen «Sondereffekten» aus. Nun bleiben die Sondereffekte aus. Fazit: Für 2025 wurde ein Defizit von 23 Mio. Franken errechnet. In einer Hauruck-Übung stellte der Gemeinderat 25 Kürzungs- und Verschiebungsanträge zum eigenen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025. Der Einwohnerrat wies den AFP im vergangenen Dezember zu-

rück. Nicht nur blieb den Sachkommissionen kaum Zeit, sich seriös mit der veränderten Vorlage auseinanderzusetzen. Die Zahlen im AFP wurden auch nicht angemessen korrigiert: Beste Voraussetzung für maximale Verwirrung.

Im Januar verabschiedete der Einwohnerrat den bereinigten AFP und stimmte damit ausnahmslos allen Streichungen zu. Die SP-Fraktion wollte die schmerzlichsten Einschnitte verhindern und stellte zwölf gut begründete Anträge zu Budget und Entwicklungszielen. Wir wurden – um es ungeschönt auszudrücken – an die Wand geklatscht und es entstand einmal mehr der Eindruck eines Zweiparteien-Systems: SP plus wenige Einzelvertretende von kleineren Parteien gegen die Schweizerische Volksmittelfreisinnig-grünliberaldemokratische Partei. So wird nun gespart bei der Entwicklungszusammenarbeit, die von 1% der Einkommenssteuer auf 0,58% reduziert wurde, bei der Kultur, den Schulen, im sozialen Bereich und überall dort, wo es mangels übergeordnetem Recht möglich ist. Gleichzeitig verzichtet man zum Beispiel auf 20% der Gemeindesteuer, und die Parkkarten auch für Pendler:innen werden quasi verschenkt. Die hohe Lebensqualität der zweitgrössten Stadt der Nordwestschweiz und die «guten» Steuerzahlenden, die nach Riehen gelockt werden sollten, sind nun nicht mehr so wichtig.

STATUTARISCHE GESCHÄFTE DER JAHRES-DELEGIERTEN-VERSAMMLUNG (JDV) VOM 22. MAI 2025

An der JDV werden verschiedene Parteiämter jeweils für ein Jahr besetzt. Die Unterlagen erhalten die Delegierten ein paar Wochen im Voraus per Post. Gemäss Art. 7 unserer Statuten wählen sie:

- das Parteipräsidium
- fünf weitere Mitglieder des Parteivorstandes
- das Parteischiedsgericht
- die Revisionsstelle
- die Delegierten der Kantonalpartei für den Parteitag der SP Schweiz

Zudem bestätigen die Delegierten die Wahl:

- der Parteisekretär:innen
- der Präsidien der Sachgruppen
- der Mitglieder der Finanzdelegation der Geschäftsleitung
- der Delegierten in die Gesellschaft Gewerkschaftshaus
- der zwei Mitglieder der Anlaufstelle Sexuelle Belästigung, Mobbing und Diskriminierung

Wenn du mehr erfahren möchtest über die Besetzung der Parteiämter, kannst du bei Livia Diem nachfragen (livia.diem@sp-bs.ch oder 061 685 90 23).

AGENDA SP BASEL-STADT

- **Donnerstag, 20. März 2025, 20–22 Uhr**
Delegiertenversammlung
(Parolen für Mai)
Volkshaus Basel, 1. OG
- **Mittwoch, 26. März 2025, 20–21.30 Uhr**
Bundehausrückblick mit Sarah und Eva
- **Donnerstag, 27. März 2025, 19–22 Uhr**
Präventionsabend zu Mobbing
Gewerkschaftshaus, 1. OG
- **Donnerstag, 1. Mai 2025**
1. Mai-Feier
Die SP betreibt den Getränkestand im grossen Festzelt auf dem Barfi
- **Donnerstag, 22. Mai 2025, 19.30–22 Uhr**
Jahres-Delegiertenversammlung
(statutarische Geschäfte)
Volkshaus Basel, 1. OG
- **Dienstag, 17. Juni 2025, 20–22 Uhr**
Delegiertenversammlung
(Parolen für September)
Davor Begrüssung der Neumitglieder, die sich in den vergangenen Monaten der SP angeschlossen haben
- **Samstag, 21. Juni 2025, ganztags**
Bildungstag und Sommerfest

Alle Termine, allfällige Anpassungen und weitere Informationen findest du jeweils in der Online-Agenda: www.sp-bs.ch/veranstaltungen



Yasmine Perrinaquet

Parolenfassung zur Mindestlohninitiative an der Delegiertenversammlung der SP Baselnd am 7. Januar 2025.

Verpasste Chance für gerechte Löhne

Der Mindestlohn war im Baselbiet zum Greifen nah. Auch nach einigen Wochen Abstand bleibt es schmerzlich, dass letztlich rund 2000 Stimmen für ein Ja gefehlt haben. Die Initiative hätte die niedrigsten Löhne auf ein Minimum von 22 Franken pro Stunde angehoben. Dadurch hätte die Allgemeinheit nicht länger Dumpinglöhne über Sozialleistungen quersubventioniert – denn mit weniger als 22 Franken pro Stunde kann man schlicht nicht in Würde leben.



Nils Jocher, Präsident

Offenbar ist es uns nicht ausreichend gelungen aufzuzeigen, dass Mindestlöhne in anderen Kantonen keine Probleme verursacht, sondern vielmehr Probleme gelöst haben. Und offensichtlich konnten unsere Argumente für fairen Wettbewerb, Stärkung der Kaufkraft und niedrigere Sozialleistungen durch faire Löhne nicht genügend überzeugen.

Erfreuliche Entwicklung

Wichtig ist jedoch, nicht zu vergessen, woher wir und das Anliegen des Mindestlohnes kommen: Noch 2014 haben im Baselbiet keine 23 % der Stimmberechtigten Ja zur nationalen Mindestlohn-Vorlage gesagt. Wenn nun zehn Jahre später 48,5 % Ja sagen, zeigt das eine beachtliche Entwicklung. Dafür gibt es vermutlich mehrere Ursachen. Einerseits haben die Beispiele aus anderen Kantonen gezeigt, dass Mindestlöhne funktionieren. Andererseits ist die finanzielle Situation

vieler Menschen angespannt. Die Kosten für Mieten, Energie und Lebensmittel sind hoch – die Löhne zu niedrig. Der Wunsch nach einem sozialen Baselbiet ist gewachsen und wir machten dazu ein konkretes Angebot. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis ein Mindestlohn auch bei uns mehrheitsfähig wird.

Jetzt braucht es die Stärkung der Kaufkraft

Als SP werden wir an diesem Thema dranhängen – es braucht jetzt konkrete Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft. Sei es durch Mietzinsbeiträge, eine Erhöhung der Prämienverbilligung oder angemessene Sozialleistungen. Mittelfristig gibt uns dieses Ergebnis Rückenwind, um erneut für einen Mindestlohn im Baselbiet zu kämpfen. Bei allem Frust über die knappe Ablehnung sollte festgehalten werden: Wir haben als SP eine aktive, sichtbare und breite Kampagne geführt. Das Engagement in den Sektionen war gross, die verteilten Flyer und Plakate zahlreich, und wir haben massgeblich dazu beigetragen, dass sich auch bürgerliche Politiker:innen positiv zur Initiative äusserten. Wir können stolz auf das respektable Ergebnis und den erkämpften Meinungsumschwung in vielen Gemeinden sein. Noch ist nicht aller Tage Abend.



Yasmine Perrinaquet

Seit Herbst 2020 war Roman Brunner Präsident der Landratsfraktion. Nun hat er sich entschieden, die Leitung der Fraktion abzugeben – sein Nachfolger ist Adil Koller. Wir blicken auf vier intensive und schöne Jahre zurück. Roman hat die Fraktion mit Umsicht geführt: Der Zusammenhalt war ihm immer ein grosses Anliegen. Mit seiner einfühlsamen und zuvorkommenden Art ist es ihm deshalb leichtgefallen, alle Mitglieder einzubinden. Gleichzeitig war Roman aber auch ein strenger Fraktionsvorsitzender. Die Sitzungen begannen auf die Minute pünktlich und die Teilnahme an allen (auch ausserordentlichen) Sitzungen war natürlich Pflicht. Gerne denken wir auch an all die gemeinsamen Fraktionsausflüge oder an die zahlreichen überwiesenen Vorstösse zurück, für deren Qualität Roman die Hand ins Feuer legte. Roman brennt für bildungs-, kultur- und verkehrspolitische Themen, für die er während seinem Präsidialamt jedoch nicht immer genügend Zeit fand. So musste der eine oder andere Vorstoss noch schnell in einer Nachtschicht oder einer Zwischenstunde in der Schule verfasst werden. Nach seinem Rücktritt wird er dafür – und natürlich auch für seine Familie – wieder mehr Zeit haben. Wir wünschen dir, Roman, alles Gute und freuen uns, dass du unserer Fraktion weiterhin erhalten bleibst. Auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Adil als unserem neuen Fraktionspräsidenten freuen wir uns sehr. Das Baselbiet und die Sozialdemokratie brauchen euch.

Sandra Strüby-Schaub und Jan Kirchmayr,
Vizepräsidium Landratsfraktion

Wirksamer Opferschutz braucht Täterarbeit

Im Kanton BL bieten wir seit Januar 2025 Lernprogramme zur Verhütung von sexualisierter Gewalt an. Das strukturierte verhaltensorientierte Programm soll sexuelle Grenzüberschreitungen dauerhaft unterbinden und damit zur Rückfallprävention beitragen. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.



Kathrin Schweizer,
Regierungsrätin SP

Seit Januar 2025 kann die Strafverfolgungsbehörde des Kantons Basel-Landschaft Personen, die sich durch sexuelle Belästigung oder eine andere Verletzung der sexuellen In-

tegrität strafbar gemacht haben, dem neuen Lernprogramm gegen sexualisierte Gewalt zuweisen. Damit wollen wir erreichen, dass Opfer besser geschützt und weitere sexuelle Grenzüberschreitungen verhindert werden.

Konsens ist in sexuellen Beziehungen zentral. Die Teilnehmenden der Lernprogramme werden geschult, gleichberechtigt und respektvoll zu kommunizieren und zu handeln sowie Verantwortung für ihr sexualisiertes und gewalttätiges Verhalten zu übernehmen. Dazu setzen sie sich mit dem

eigenen übergriffigen Verhalten und den daraus entstandenen Folgen für die betroffenen Personen auseinander. Die Teilnehmenden lernen, welche individuellen Haltungen und Vorstellungen der sexualisierten Gewalt zugrunde liegen und wie sie Grenzen in sexuellen Beziehungen künftig wahrnehmen und achten können.

Das neue Lernprogramm ergänzt die seit 2002 bestehenden Lernprogramme gegen häusliche Gewalt, die wir seit 2020 auch für Frauen und seit 2021 für gewaltausübende Fremdsprachige jeweils im Einzelsetting anbieten. Die Bekämpfung sexualisierter und häuslicher Gewalt liegt mir sehr am Herzen. Darum ist die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein wichtiges und zentrales Anliegen. Mit den bestehenden Massnahmen und allem voran den Lernprogrammen sind wir diesem Ziel ein grosses Stück näher gerückt.

Adil Koller ist neuer Fraktionspräsident

Adil Koller ist neuer Präsident der SP-Landratsfraktion. Die Leitung einer Parlamentsfraktion erfordert ein ausgeglichenes Mass an Entschlossenheit und Fingerspitzengefühl. Eine Fraktion ist ein Team, bestehend aus selbstbewussten Individuen, die unter dem gleichen weltanschaulichen Dach mitunter reichlich unterschiedliche politische Prioritäten setzen. Oft gibt es mehr Ideen als reale Umsetzungsmöglichkeiten. Dazu kommt, dass es heute schwierig ist, das Wirken einer Landratsfraktion der Öffentlichkeit zu vermitteln. Eine ausführliche Berichterstattung findet in den Medien schon längst nicht mehr statt. Peter Schmid, Mitglied der Geschäftsleitung

Adil musste nicht zur Übernahme des Fraktionspräsidiums gedrängt werden. Er gehört zu jener erfolgreichen Gruppe jüngerer Menschen, die seit einiger Zeit die Arbeit in der SP Baselland stark mitprägen. Lebens- und Gestaltungsfreude, beides mit Tiefgang, zählen zu den Eigenschaften dieser Gruppe, verbunden mit der nötigen Portion Gestaltungsehrgeiz.

Sicht- und erlebbar waren die geschilderten Eigenschaften bereits in den Jahren von 2016 bis 2020, als Adil ein geschätzter Parteipräsident war, ebenso bei seiner Arbeit im



Frank Matous

Landrat, dem er seit 2017 angehört. Als Ökonom ist er heute Projektleiter bei den SBB. Er ist Schnelldenker, Jassfreund, Podcast-Hörer und Bewegungsmensch.

Das stille Verweilen an seinem Platz im Landratssaal ist nicht sein Ding. Ausserhalb des Ratsbetriebs ist er noch mehr in Bewegung, zu Fuss und auf dem Rad.

Sein politischer Kompass weist konsequent in die sozialdemokratische Richtung. Er ist den Menschen zugewandt und verfügt über ein feines Gespür für ihre Lebenswirklichkeiten. Hinter dem Begriff «Kaufkraft» stehen reale Sorgen: zahlbare Mieten, Krankenkassenprämien, Energiekosten, Kitas. Hinter dem Begriff «Solidarität» steht eine klare Grundhaltung: Wem es finanziell gut geht, der oder die soll sich in höherem Masse an den Kosten der Allgemeinheit beteiligen.

Adil weiss, dass sich politische Mehrheiten nicht von allein ergeben. Wer Mehrheiten anstrebt und gewinnen will, muss gewinnend wirken. Wer sich Gehör verschaffen will, muss ansprechend auftreten – über die eigene Bubble hinaus.

SAVE THE DATES



Am **Samstag, 29. März**, findet unsere nächste Geschäftsdelegiertenversammlung statt. Die Delegierten werden unter anderem die Jahresberichte sowie Rechnung und Bilanz für das Jahr 2024 genehmigen und aufs laufende Jahr blicken. Zusätzlich schlägt die Geschäftsleitung eine Revision der Statuten für die Schaffung von Themenkommissionen und für einen Sektionsfonds vor. Alle Mitglieder und Sympathisierenden sind herzlich eingeladen! Im Anschluss an die Versammlung gibt es bei einem Apéro die Gelegenheit, sich im lockeren Rahmen auszutauschen. Alle Informationen findest du auf der Website unter www.sp-bl.ch/gdv25



Am **Dienstag, 29. April** – dem Europäischen Tag der Generationensolidarität – laden die JUSO und die SP 60+ zu einem gemeinsamen Bildungsabend ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie durch gezielte Raumplanung Einsamkeit vermieden und soziale Begegnungen gefördert werden können. Prof. Udo Rauchfleisch und Soziologe Ivo Ballmer diskutieren Massnahmen wie die Gestaltung öffentlicher Räume, die Entwicklung von Quartierinfrastrukturen und innovative Wohnformen. Moderiert wird die Veranstaltung von Julie von Büren, Assistentin der Geschäftsleitung von Amie. Der Bildungsabend beginnt um 19.15 Uhr und findet in der Kantonsbibliothek in Liestal statt.



Die SP Baselland organisiert ihr zweites grosses Jassturnier am **10. Mai 2025** in der Aula Rheinpark in Birsfelden! Für das Jassturnier kann man sich als Einzelperson oder Zweier-team anmelden. Es werden 5 Passen à 8 Spiele gespielt. Gejasst wird ein normaler Schieber, ohne Stöck und Wyys. Vor und während dem Turnier kann man sich am Wurst- und Getränkestand verpflegen. Es ist ein Plauschturnier – alle sind herzlich willkommen! Es warten tolle Preise auf die gewinnenden Einzelpersonen und/oder Teams. Es gibt auch einen Tisch mit anderen Spielen, für alle, die dabei sein, aber nicht jassen wollen. Anmeldung und weitere Infos auf www.sp-bl.ch/jassturnier



Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Slogan «Solidarität statt Hetze: Gemeinsam stark!». Denn unsere Antwort auf den weltweiten Rechtsrutsch ist klar: Wir setzen auf Solidarität, Demokratie und Gerechtigkeit. Wir besammeln uns um 14 Uhr beim Bahnhof Liestal für die Demo. Nach dem Demozug durch das Stedtl findet ab 15 Uhr ein Fest beim Regierungsgebäude statt – mit Verpflegungsständen, Reden und Musik. Die SP betreibt den Wurst- und Getränkestand – dafür sind wir auf der Suche nach Helfer:innen. Falls du mithelfen kannst, freuen wir uns über eine Mail an: info@sp-bl.ch



Welchen Zusammenhang gibt es zwischen dem Wandel der Arbeit und dem Aufstieg des Rechtsextremismus? Wie verändert sich Arbeit im Kontext der Globalisierung? Welche Bedeutung hat die Arbeit für die SP und was sind unsere politischen Visionen? Mit diesen und weiteren Fragen setzen wir uns am diesjährigen Bildungsweekend auseinander. Das Bildungsweekend findet von Freitagabend (**22.8.**, ca. 17 Uhr) bis Sonntagnachmittag (**24.8.**, ca. 14.30 Uhr) im Freizeithaus Walten in Läfelfingen statt. Anmeldung und weitere Infos auf www.sp-bl.ch/bildungsweekend

AUS DEM GROSSEN RAT

Sozialer Fortschritt dank Mietbeiträgen für Armutsbetroffene



Melanie Nussbaumer,
Grossrätin, Mitglied der GSK

Der Grosse Rat hat beschlossen, dass auch alleinstehende Personen, die am Existenzminimum leben, Mietzinsbeiträge vom Kanton erhalten. Das ist ein grosser sozialpolitischer Erfolg. Die Situation vieler armutsbetroffener Menschen wird dadurch stark verbessert.

Ein sozialpolitischer Meilenstein

Bisher konnten nur Familien von Mietzinsbeiträgen profitieren. Im Februar hat der Grosse Rat der von SP-Regierungsrat Kaspar Sutter vorgeschlagenen Ausweitung dieser

Sozialleistung auch auf alleinstehende Personen ohne Kinder zugestimmt, was uns sehr gefreut hat. Für armutsbetroffene Menschen ist die Miete ein grosser Budgetposten. Wenn sie hier einen Zustupf vom Kanton erhalten, verbessert das ihre Situation stark. Der finanzielle Stress sinkt. Die Lebensqualität, Stabilität und Gesundheit verbessern sich.

Ausweitung durch den Grossen Rat

Der Grosse Rat ist teilweise weiter gegangen als der Regierungsrat. Betroffene müssen nur noch zwei anstatt fünf Jahre in Basel-Stadt gewohnt haben, um Mietzinsbeiträge erhalten zu können. Davon profitieren auch die Familien. Armut soll dann bekämpft werden, wenn sie akut ist – nicht erst fünf Jahre später. Zudem erhalten neu auch diejenigen Elternteile Mietbeiträge, die ihre Kinder nur mit Besuchsrecht bei sich haben, für genau so

viele Zimmer, wie sie Kinder haben. Ausserdem haben neu auch Personen unter 25 Jahren Zugang zu dieser Leistung.

Knapper Entscheid zur Zugangshürde

Der Regierungsrat wollte die Leistung für alleinstehende Personen nur denjenigen zugänglich machen, die Vollzeit arbeiten. Damit wäre ein Drittel der Zielgruppe ausgeschlossen worden. Wir haben diese Zugangshürde in der Gesundheit- und Sozialkommission (GSK) und dann im Parlament bekämpft. In einer knappen Abstimmung (49:48) folgte uns der Grosse Rat. Damit ist diese sinnvolle sozialpolitische Leistung für alle Menschen am Existenzminimum zugänglich.

Die Abstimmung gibt einen ersten Vorschmack auf diese Legislatur: Einzelne Stimmen könnten noch öfter als bisher ausschlaggebend sein.

AUS DEM LANDRAT

Vorstosspaket «PH verbessern» mehrheitlich erfolgreich



Miriam Locher, Landrätin



Jan Kirchmayr, Landrat

In einem offenen Brief berichteten Studierende der Pädagogischen Hochschule (PH) der FHNW im vergangenen Sommer von «katastrophalen Zuständen». Anlass war insbesondere ein unzuverlässiges Belegungssystem. Bereits zuvor stand die PH aufgrund des fehlenden Praxisbezugs in der Kritik. Doch nicht nur die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer, auch Auszubildende an den Schulen und Dozierende der Pädagogischen Hochschule zeigten sich über Jahre unzufrieden mit der Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte.

Im Oktober des vergangenen Jahres reichete die SP-Fraktion daher ein umfassendes

Vorstosspaket ein, um eine Verbesserung der Situation an der Pädagogischen Hochschule zu erreichen. Denn die Qualität der Lehrpersonen-Ausbildung ist zentral für die spätere Arbeit der Studierenden an den Schulen und somit auch zentral für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Die Vorstösse wurden im Februar im Landrat diskutiert. Insbesondere jene, welche auf einen stärkeren Praxisbezug in der PH-Ausbildung abzielen, waren erfolgreich. So wurde eine Motion überwiesen, die den Regierungsrat auffordert, sich an der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren dafür einzusetzen, dass pädagogische Erfahrung bei der Anstellung von Dozierenden künftig stärker gewichtet wird.

Mit einem weiteren Vorstoss wurde der Regierungsrat dazu verpflichtet, sich gegen die Kürzung der Praktika im Rahmen des Studiums einzusetzen. Die volle Dauer der ohnehin schon eher knappen Praktika muss garantiert sein. Zudem wurde der Regierungs-

rat damit beauftragt, einen Bericht über den möglichen Einsatz von Tandems aus einer Fachperson der PH und einer Fachperson aus dem Schulalltag im Fachdidaktikunterricht zu verfassen, damit Studierende künftig besser auf den Berufsalltag vorbereitet werden könnten.

Nebst diesen Punkten gibt es auch im Rahmen der Organisation des Studiums Bereiche, die dringend überarbeitet werden müssen: So funktioniert das Belegungssystem für die Studierenden noch immer nicht reibungslos. In einem Vorstoss forderten wir eine Überarbeitung dieses Systems, leider teilte der bürgerliche Landrat unsere Ansicht nicht und lehnte den Vorstoss ab. Diese Anliegen werden wir deshalb auf anderem Weg weiterverfolgen oder erneut einbringen.

Insgesamt können wir zufrieden sein, fanden wir doch bei fast allen Vorstössen eine Mehrheit. Wir hoffen, damit einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Situation an der PH FHNW geleistet zu haben.